



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 13.11.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:26 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Prof. Dr. Claudia Dalbert, Vorsitzende
Alexander Raue
Thorben Vierkant

Dr. Jörg Erdsack
Daniel Petzold

Patricia Fromme
Dr. Silke Burkert
Ferdinand Raabe

Andreas Wels

Tim Kehr wieder

Marion Krischok
Julius Neumann
Miriam Schöps
Sabine Wolf

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle,
Vertretung für Herrn Radke
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale),
anwesend bis 18.56 Uhr
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Volt/MitBürger,
Vertretung für Frau Labusga
Fraktion Hauptsache Halle,
anwesend bis 18.16 Uhr
Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /
FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle
(Saale)
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Frau Dr. Judith Marquardt
Simon Kuchta
Tobias Teschner
Steffen Johannemann
Jens Otto
Daniel Zwick
Sophia Waldowski

Beigeordnete für Kultur und Sport
Leiter Fachbereich Umwelt
Leiter Fachbereich Sicherheit
Abteilung Umweltrechtlicher Vollzug
Leiter Abteilung Verkehrsplanung
Leiter Team Klimaschutz
stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Peter Günther
Robert Weber

Geschäftsführer HWS
Geschäftsführer EVG

Entschuldigt fehlten:

Olaf Böhlke
Torsten Radtke
Sarah Labusga
Torsten Doege
Josef Hebeda
Johannes Menke
Stefan Schulz

AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Volt/MitBürger
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von der Ausschussvorsitzenden, **Frau Prof. Dr. Dalbert**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, dass der TOP 6.5, Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Entsiegelung und experimentellen Begrünung einer Fläche am Glauchaer Platz unter der Hochstraße, vertagt werden soll.

Der TOP 6.7, Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Möglichkeiten hinsichtlich der Errichtung von Bestattungswäldern, wurde von der antragsstellenden Fraktion zurückgezogen.

Es gibt eine neue Mitteilung unter TOP 7.1: Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale).

Sie wies darauf hin, dass die Antwort der Verwaltung zu Anfrage TOP 8.3, Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Riebeckplatz, hier Rad- und Fußverkehr, erst kurz vor der Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt wurde.

Es gibt Änderungen im Beschlussvorschlag TOP 6.1, Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat von Halle (Saale) zur „Roten Liste der bedrohten Baudenkmale“.

Frau Fromme sagte, dass der TOP 6.1, Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat von Halle (Saale) zur „Roten Liste der bedrohten Baudenkmale“, vertagt werden soll.

Herr Wels bedankte sich bei der Verwaltung für die detaillierte und umfassende zweite Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Möglichkeiten hinsichtlich der Errichtung von Bestattungswäldern.

Frau Dr. Burkert bat um Vertagung der TOP 6.3, Antrag der SPD-Fraktion der Stadt Halle (Saale) zum Errichten einer Fahrradabstellanlage in der Niemeyerstraße. Der TOP 6.5, Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Entsiegelung und experimentellen Begrünung einer Fläche am Glauchaer Platz unter der Hochstraße, soll bis Januar 2026 vertagt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.10.2025
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024
Vorlage: VIII/2025/01586
- 5.2. 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal- Grundstücksentwässerungssatzung
Vorlage: VIII/2025/01686
- 5.3. Neuabschluss des Konzessionsvertrages über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Halle (Saale) mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und Verlängerung der Zweckvereinbarung zwischen dem Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal und der Stadt Halle (Saale) zur Übertragung der Aufgabe der Abwasserbeseitigung
Vorlage: VIII/2025/01737
- 5.4. Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 25.09.2019 zum Gewerbegebiet Halle-Tornau (VII/2019/00008)
Vorlage: VIII/2025/01659
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Schutz von Kleintieren
Vorlage: VIII/2025/00814
- 6.4. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aktualisierung des Beleuchtungskonzeptes
Vorlage: VIII/2025/01601
- 6.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Teilnahme am Entsiegelungswettbewerb „abpflastern“
Vorlage: VIII/2025/01853
- 6.8. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zum Vogelschutz an Haltestellen der HAVAG
Vorlage: VIII/2025/01624
7. Mitteilungen
- 7.1. Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01943
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

- 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu präventiven Maßnahmen gegen den Japankäfer in Halle
Vorlage: VIII/2025/01861
- 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum LSG Bruckdorf
Vorlage: VIII/2025/01862
- 8.3. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Riebeckplatz – hier: Rad- und Fußverkehr
Vorlage: VIII/2025/01863
- 8.4. Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zu Einbürgerungen in Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01864
- 8.5. Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zum Radverkehr im Bereich der Fußgängerzone Marktplatz/Leipziger Straße
Vorlage: VIII/2025/01865
- 8.6. Anfrage des Stadtrates Tim Kehr wieder (FDP/FREIE WÄHLER) zur Einrichtung von Tempo-30-Zonen im Stadtgebiet
Vorlage: VIII/2025/01828
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
10.1. Niederschrift vom 23.10.2025
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

VERTAGT

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragestellerin 1 zum Gewerbegebiet

Fragestellerin 1, die vor sechs Jahren in ihre Heimat Halle zurückgekehrt ist, äußerte ihre Bedenken, dass die geplanten JVA und das Gewerbegebiet Tornau die Aufwuchsbedingungen ihrer Kinder gefährden. Sie und ihr Mann ziehen in Erwägung wegzuziehen, falls diese Projekte umgesetzt werden. Sie hinterfragt, wie Halle junge Familien anziehen möchte, während Naturräume zerstört werden. Sie erkundigt sich nach einer möglichen Entschädigung für den Wertverlust ihres Grundstücks.

Frau Dr. Marquardt betonte, dass die Stadt insbesondere durch ihre kulturellen und sportlichen Angebote, hervorragende Bildungsbedingungen sowie die Anziehungskraft der Hochschulen und Forschungseinrichtungen attraktiv ist. Zudem tragen die Saale und die zahlreichen Grünflächen zur Lebensqualität bei. Dies sind alles gute Bedingungen für Kinder und Familien.

Auf die Anfrage bezüglich des Werteverlustes der Immobilie sicherte sie eine schriftliche Antwort zu.

zu 3.2 Fragesteller 2 zum Gewerbegebiet

Fragesteller 2 äußert sich ebenfalls zum Gewerbegebiet Tornau und bezeichnet es als „Diversitäts-Hotspot“ mit einer beeindruckenden Anzahl von Insektenarten. Er sagte, dass die 40 Hektar Ackerflächen von hoher Qualität sind und 15.000 Menschen mit Weizen ernähren könnten. Er fragte nach den Veränderungen seit der letzten Studie im Jahr 2019.

Frau Dr. Marquardt erklärte, dass der Star Park komplett ausgelastet ist und daher neue Flächen benötigt werden.

Frau Prof. Dr. Dalbert beantragte das Rederecht für Herrn Weber. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

Herr Weber bestätigte, dass die hohe Auslastung der Grund war, dass das ganze Stadtgebiet in Bezug auf Erschließung neuer Gewerbegebiete betrachtet werden soll. Umweltaspekte werden dabei ebenfalls betrachtet.

Der Fragesteller 2 sagte, dass er sich eine konkrete Aussage in Bezug auf Daten und Kosten gewünscht hätte.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 4.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.10.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 23.10.2025.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024 Vorlage: VIII/2025/01586**

Frau Krischok fragte nach der Klärung zur Sozialbestattung und dem Widerspruch zwischen den Haushaltsstellen des SGGA und der Bestattung von Amts wegen. Sie merkte an, dass sie auf ihre vorherige Anfrage zu diesem Thema noch keine Antwort erhalten hat.

Herr Teschner erklärte, dass es einen Unterschied zwischen der Bestattung von Amts wegen, die für Verstorbene ohne bekannte bestattungspflichtige Angehörige organisiert wird, und der Sozialbestattung gibt, bei der Angehörige finanziell nicht in der Lage sind, die Bestattung zu bezahlen.

Frau Krischok wies darauf hin, dass in der Übersicht der SGGA ein Fehler steht und bittet darum, diesen zu korrigieren, da es nicht sein kann, dass dieselbe Sache an zwei Stellen gebucht wird.

Herr Vierkant beantragte EinzelpunktAbstimmung. Dieser wurde zugestimmt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE:

EinzelpunktAbstimmung

Punkt 1 einstimmig abgelehnt

Punkt 2 einstimmig abgelehnt

Punkt 3 einstimmig abgelehnt

Punkt 4 einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR:

EinzelpunktAbstimmung

Punkt 1 einstimmig abgelehnt

Punkt 2 einstimmig abgelehnt

Punkt 3 mit Patt abgelehnt

Punkt 4 mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2026 mit dem Haushaltsplan 2026.
2. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept zum Haushaltsplan 2026. Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt.

Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2026 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.

3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die städtischen Beteiligungen, bei denen die Stadt Halle (Saale) einen beherrschenden Einfluss hat, in die Haushaltskonsolidierung einzubeziehen. Im Zeitraum 2026 bis 2030 sind nachhaltig wirkende, haushaltsentlastende, unternehmenskonkrete Beiträge zur Haushaltssicherung i. H. v. mindestens 13 Mio. EUR zu identifizieren, zusammen mit einer Einschätzung damit verbundener Effekte für die Stadt und das jeweilige Unternehmen zu bewerten sowie hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit abzuwägen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2024 zur Kenntnis.

**zu 5.2 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal-Grundstücksentwässerungssatzung
Vorlage: VIII/2025/01686**

Herr Kuchta führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

Frau Dr. Burkert merkte an, dass die Gebühren erheblich gestiegen sind. Sie fragte, wie man damit im Vergleich zu anderen Städten liegt.

Herr Johannemann sagte, dass die Hauptleistung die Entsorgung ist. Er bestätigte die deutlichen Preissteigerungen. Das Niveau ist bei anderen Verbänden ähnlich.

Frau Krischok äußerte Bedenken bezüglich der Formulierung im Paragraph 12. Dort wird angegeben, dass die Länge drei Meter beträgt. Der angegebene Preis bezieht sich auf diese Länge von drei Metern. Sie empfindet diese Formulierung als unklar. Man sollte sich entscheiden für den Begriff Länge oder die drei Meter. Das sollte in einer Satzung eindeutig dargestellt und formuliert werden.

Herr Johannemann sagte, dass das bis zur nächsten Stadtratssitzung eindeutig formuliert und abgeändert wird.

Herr Neumann fragte zu dem Kubikmeterpreis und der Gebührensteigerung von fast einem Viertel. Er fragte, ob dafür die Faktoren, die dazu geführt haben, erläutert werden können.

Herr Johannemann sagte, dass die Kalkulation in den Anlagen zur Satzung ersichtlich ist. Darin enthalten ist unter anderem die Entsorgung. Seit ein paar Jahren gibt es einen enormen Preisdruck durch die Preissteigerungen.

Herr Vierkant fragte zum Verständnis, ob die Preissteigerung auch darauf zurückzuführen ist, dass die Menge der Angeschlossenen im Vergleich zu den nicht Angeschlossenen deutlich reduziert wurde. Er vermutet, dass dies dazu führt, dass die Kosten für die Einzelnen steigen, da der Aufwand konstant bleibt.

Herr Johannemann sagte, dass die Menge, die insgesamt pro Jahr abgefahren wird, relativ konstant ist. Es liegt an den Kosten, die insgesamt gestiegen sind, wie zum Beispiel für Diesel und Energie.

Herr Vierkant sagte, dass es vor zwanzig Jahren doppelt so viele Angeschlossene waren.

Herr Johannemann sagte, dass es bei den neuen Angeschlossenen nur einen geringen Zuwachs gibt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Halle (Saale) beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal – Grundstücksentwässerungssatzung.

**zu 5.3 Neuabschluss des Konzessionsvertrages über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Halle (Saale) mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und Verlängerung der Zweckvereinbarung zwischen dem Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal und der Stadt Halle (Saale) zur Übertragung der Aufgabe der Abwasserbeseitigung
Vorlage: VIII/2025/01737**

Herr Kuchta führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

Herr Vierkant fragte zum Paragraph 1, Absatz 3: Dort ist die dezentrale Entsorgung ausgeschlossen und er wollte den Grund dafür wissen.

Frau Prof. Dr. Dalbert beantragte das Rederecht für Herrn Günther. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

Herr Günther sagte, dass im vorherigen TOP die dezentralen Anlagen beinhaltet sind und in diesem TOP wird alles das behandelt, was an die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossen ist und nur diesen Sachverhalt betrifft es.

Herr Vierkant sagte, dass er das auch so verstanden hat. Er wollte wissen, warum die Entsorgung vorher über das Leitungssystem ausgeschlossen war.

Herr Johannemann sagte, der alte Konzessionsvertrag hatte auch schon die dezentrale Entsorgung außen vorgelassen.

Herr Vierkant sagte, dass eine rot markierte Stelle bei ihm für Verwirrung gesorgt hat.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt den Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Halle (Saale) mit der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) ab dem 1. Januar 2026 mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2045. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den Konzessionsvertrag abzuschließen.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Verlängerung der Zweckvereinbarung zwischen dem Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal und der Stadt Halle (Saale) zur Übertragung der Aufgabe der Abwasserbeseitigung ebenfalls bis zum 31. Dezember 2045. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Änderungsvereinbarung abzuschließen.

**zu 5.4 Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 25.09.2019 zum Gewerbegebiet Halle-Tornau (VII/2019/00008)
Vorlage: VIII/2025/01659**

Frau Prof. Dr. Dalbert beantragte das Rederecht für Herrn Weber. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

Herr Raabe fragte, ob es im OB-Büro inzwischen Überlegungen für einen Vor-Ort-Termin mit den Anwohnenden in Tornau gibt.

Frau Dr. Marquardt sicherte eine Antwort zu.

Frau Dr. Burkert fragte zur Machbarkeitsstudie 2019 und wollte wissen, ob es neue Aspekte dahingehend gibt, dass eine neue Studie benötigt wird. Sie wünscht sich außerdem eine Übersicht über innerstädtische Brachflächen, die sich potentiell für Gewerbe eignen.

Herr Weber sagte, dass die Potentialflächenanalyse des Stadtgebiets all das betrachten soll. Es werden dabei alle Flächen im Stadtgebiet analysiert.

Frau Dr. Burkert fragte, mit welcher Zeitschiene dabei gerechnet wird.

Herr Weber sagte, dass man aktuell im europaweiten Ausschreibungsverfahren ist. Wenn alles positiv verläuft, kann die Vergabe noch im Jahr 2025 erfolgen.

Herr Raue sagte, dass es nicht falsch ist, Tornau grundsätzlich mit zu betrachten. Dort hat man eine sehr gute Anbindung an die Autobahn. Halle benötigt die Industrie und Wertschöpfung.

Frau Schöps fragte wo die dritte der drei größeren Potentialflächen aus der Potentialanalyse von 2017 ist.

Herr Weber sagte, die erste war Tornau, die zweite Goldberg, und die dritte war Reideburg.

Herr Raabe stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Raue sagte, es geht hier lediglich um einen Prüfantrag. Er bat darum, den Antrag auf Vertagung abzulehnen.

Frau Prof. Dr. Dalbert bat um Abstimmung für den Geschäftsordnungsantrag. Der Antrag auf Vertagung wurde mehrheitlich abgelehnt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, den Beschluss „Gewerbegebiet Tornau“ (Vorlage VII/2019/00008) vom 25.09.2019 aufzuheben.
2. Der Stadtrat beschließt, dass im Rahmen einer Gewerbeflächenpotentialanalyse in der Stadt Halle (Saale), welche durch die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalekreis mbH durchgeführt wird, auch die Erschließung eines Gewerbegebietes in Halle-Tornau unter Einbeziehung des laufenden Bebauungsplanverfahrens Nr. 217 „Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße“ untersucht wird. Die Ergebnisse werden dem Stadtrat als Grundlage für die Entscheidung über die Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplanes für ein Industrie- und Gewerbegebiet am Standort Halle-Tornau zur Verfügung gestellt.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Schutz von Kleintieren Vorlage: VIII/2025/00814

Frau Dr. Burkert sagte, dass der Antrag eigentlich erledigt ist. Sie hätte aber gerne eine Übersicht über den Stand der Anzahl der verletzten Tiere, die im Zoo auf der Igelrettungsstation aufgenommen wurden, und eine Einschätzung der Stadtverwaltung, wie die Allgemeinverfügung in der Bevölkerung angenommen und umgesetzt wurde.

Herr Kuchta sagte, dass man im Zoo die Anzahl der Verletzungen abfragen kann. Jedoch ist fraglich, ob diese Verletzungen alle von Mährobotern herrühren. Zu der Allgemeinverfügung gab es zwei Widersprüche. Aus diesem Grund wird diese Verfügung noch einmal minimal angepasst werden, um sie rechtssicher zu gestalten. Es gab ansonsten keinerlei Feedback zu der Verfügung.

Frau Dr. Burkert regte an, dass die Allgemeinverfügung nochmal publik gemacht werden und eine Informationskampagne gestartet werden kann.

Herr Kuchta sagte, dass die Zahlen von verletzten Igel im kommenden Jahr ausgewertet und thematisiert werden können.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung prüft den Erlass einer Allgemeinverfügung zur angepassten Betriebsweise von Mährobotern zur Tageszeit. Das Prüfergebnis legt die Verwaltung bis zur Stadtratssitzung im Juni 2025 vor.

zu 6.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aktualisierung des Beleuchtungskonzeptes
Vorlage: VIII/2025/01601

Frau Dr. Burkert führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Kehrwieder sagte, dass der Antrag nicht zielführend ist. Er verwies darauf, dass eine permanente Beleuchtung von Grünflächen aus klimatischer Sicht nachteilig ist. Außerdem ist es haushälterisch ungünstig, da kein Deckungsvorschlag erbracht wurde.

Frau Krischok erkundigte sich nach dem aktuellen Stand des Betreibervertrags und ob eine Aktualisierung vorgesehen ist. Sie äußerte ebenfalls ihre Bedenken, wenn Grünflächen permanent beleuchtet werden.

Herr Otto sagte, dass die Kosten drastisch gestiegen sind. Das, was derzeit ausgeführt wird, entspricht dem aktuellen Stand der Technik.

Frau Dr. Burkert fragte, wie die Verwaltung die Situation am Galgenberg, besonders den Bereich Skatepark, bewertet und ob eine Verbesserung der Beleuchtung geplant ist.

Herr Otto sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Vierkant sagte, dass teilweise noch alte Lampen aktiv sind, die weniger Licht spenden. Die Priorität sollte darauf liegen, dass diese vorhandenen Lampen erneuert werden. Randlagen sollten nicht prioritär behandelt werden.

Herr Raabe sagte, dass die Diskussion mit der Haushaltsdisziplin irritierend ist. Es geht in dem Antrag um eine Konzeptüberarbeitung und, um zu schauen, wo die Bedarfe sind.

Herr Neumann sagte zum Thema Insektenschutz, dass die Beleuchtung an den betroffenen Gebieten angepasst werden kann. Eine Konzeptüberarbeitung ergibt Sinn, denn, sobald die Mittel dafür da sind, verfügt man damit über eine Grundlage. Ein weiterer Punkt ist die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl. Durch mehr Beleuchtungen steigt dieses Gefühl und damit kann an anderen Stellen eingespart werden. Er sagte, dass die Überarbeitung des Konzeptes sehr nah an der Realität ist.

Herr Kehrwieder sagte, dass das Sicherheitsgefühl dann entsteht, wenn eine dauerhafte Beleuchtung gewährleistet ist. Das entsteht nicht durch Bewegungsmeldern an Straßen.

Herr Dr. Erdsack sagte, dass es in Stuttgart eine App gibt, bei der sich die Beleuchtung in Gefahrlagen von 70 auf 90 Prozent hochregeln lässt. Er regte eine Implementierung an.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt folgende Änderungen der Konzeption für die Beleuchtung der öffentlichen Verkehrsanlagen der Stadt Halle (Saale):

II. Abwägungskriterien

1. Sicherheit

- Zusammentreffen verschiedene Verkehrsarten mit Konfliktpotential bzw. besondere Gefahrenstellen
- ausgewiesener Schulweg
- Bereiche mit Barrieren und Dunkelzonen, **u.a. zur Durchquerung genutzte Grünzüge**
- Beachtung von Menschenansammlungen insbesondere bei Verkehrsanlagen im Innenstadtbereich mit z.B. erhöhtem touristischen Besucheraufkommen
- **Ausleuchtung von Anlagen des Freizeitsports ohne Zuschauerverkehr nach den Standards der Sportanlagenbeleuchtungen sowie von Orten der Begegnung junger Menschen im Stadtraum**

[...]

3. Umweltverträglichkeit

- Beachtung der Verträglichkeit der Beleuchtung mit Flora und Fauna insbesondere hinsichtlich der Wahl der Leuchtmittel, einer möglichst geringen Lichtpunkthöhe und der Reduzierung der Beleuchtungsdauer auf das notwendige Maß
- Vermeidung und Verminderung der Lichtemission durch gezielte und exakte Beleuchtung bzw. durch Reduzierung der Anzahl künstlicher Lichtquellen
- fernwirkende Beleuchtung zu Gunsten der Umgebung vermeiden
- Lichtquellen in der freien Landschaft sollen generell vermieden werden
- **Die Möglichkeit des Einsatzes von zeitbegrenzten (z.B. Druckschalter) und bewegungssensiblen Lichtquellen insbesondere in Grünzügen und der freien Landschaft**

**zu 6.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Teilnahme am Entsiegelungswettbewerb „abpflastern“
Vorlage: VIII/2025/01853**

Herr Neumann führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Frau Wolf bat ebenfalls um Zustimmung für den Antrag, da er für eine klimaresiliente Stadtgestaltung wichtig ist.

Frau Dr. Burkert sagte, dass die Stellungnahme der Stadtverwaltung fehlt, und sie bat um Erläuterung, wie die Stadtverwaltung zu dem Antrag steht.

Herr Kuchta sagte, dass die Stellungnahme, wie üblich, kurz vor der Stadtratssitzung eingestellt wird. Die Stadtverwaltung empfiehlt den Antrag abzulehnen. Es ist eine gute Sache, um das Anliegen präsent zu machen, die Verwaltung ist aber nicht der richtige Adressat für das Anliegen.

Herr Neumann fragte, wie die Aussage mit dem Ergebnis aus dem Naturschutzbeirat zusammenpasst, in dem gesagt wurde, dass die Verwaltung sich damit befasst und eine Stellungnahme vorbereitet.

Herr Kuchta sagte, dass ihm das nicht bekannt ist und er dazu Rücksprache halten wird.

Herr Raabe sagte, dass es nicht nur um die kommunalen Kosteneinsparungen bei der Klimaanpassung geht, sondern auch um die Einsparungen im privaten Bereich. Der Antrag ist niedrigschwellig und jeder kann seinen Beitrag leisten.

Herr Vierkant sagte, dass Halle die grünste Stadt Deutschland ist. Jeder kann das Bepflastern auf seinem Grundstück so handhaben, wie man es möchte. Der Drang, private Initiativen über den Stadtrat zu vergesellschaften, ist sehr schwierig. Er betonte seine Ablehnung zum Antrag.

Frau Schöps äußerte, dass sie die Argumentation sowie die Ablehnung der Verwaltung nicht nachvollziehen kann. Sie fragte nach den Gründen, weil damit keine Kosten verbunden sind.

Herr Kuchta sagte, dass es Verwaltungsaufwand kostet, der betrieben werden muss. In den anderen Städten wird dieser Wettbewerb teilweise durch private Initiativen ausgeführt, nicht von der Stadtverwaltung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Die Teilnahme der Stadt Halle (Saale) am bundesweiten Entsiegelungswettbewerb „abpflastern“ als Beitrag zum Hitzeaktionsplan und zum Gesundheitsschutz für das Jahr 2026 zu erklären.
2. Die notwendigen Schritte und Öffentlichkeitsarbeit für eine Beteiligung von Verwaltung, städtischen Unternehmen und zur Mobilisierung von Privatpersonen, Vereinen, Schulen und Unternehmen am Wettbewerb in die Wege zu leiten.
3. Den Plan zur Umsetzung dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung im Februar 2026 vorzulegen.

zu 6.8 Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zum Vogelschutz an Haltestellen der HAVAG
Vorlage: VIII/2025/01624

Herr Raabe führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Neumann sagte, dass der Antrag unterstützenswert ist.

Herr Otto sagte, dass das zu gewissen Mehrkosten führt. Er bat darum, dass der Beschlussvorschlag modifiziert wird dahingehend, dass nur bei Schäden oder in der turnusmäßigen Grundinstandsetzung die Scheiben ausgetauscht oder andere Scheiben eingebaut werden. Dafür benötigt man keine Strategie oder Konzeption.

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, dass der Vogelschutz eine wichtige Angelegenheit ist. Unstrittig ist, dass Glasscheiben auch ursächlich für Vogelsterben sind. Der wichtigste Punkt im Antrag ist, dass man veränderte Standards entwickelt. Sehbehinderte Menschen dürfen nicht vernachlässigt werden, ebenso ist der Vogelschutz wichtig.

Herr Raabe fragte zum Verständnis, ob man mit einer Konkretisierung eine größere Offenheit erreichen kann.

Herr Otto regte an, ein Gespräch mit der HAVAG zu führen, um zu erörtern, welche Angebote in dieser Richtung auf dem Markt verfügbar sind.

Herr Raabe bat um Vertagung des Antrages. Der Ausschuss signalisierte Zustimmung.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) eine Strategie zur Verbesserung des Vogelschutzes an den halleschen Haltestellen zu entwickeln.
2. Im Zuge dessen ist eine Prioritätenliste der besonders vogelschlaggefährdeten Haltestellen zu erstellen.
3. Teil der Strategieentwicklung soll die Festlegung eines fachlich fundierten Standards für Vogelschutzmuster an Haltestellen der HAVAG sein.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01943**

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Mitteilung unter TOP 7.1 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Frau Wolf fragte zu 12 baubedingten Baumfällungen in der Liebenauer Straße für einen neuen Supermarkt. Diese haben zum Teil große Stammumfänge. Laut Baumschutzsatzung wäre für jede angefangene 40 cm Stammumfang ein neuer Baum zu pflanzen. Laut Liste soll es 18 Ersatzpflanzungen geben. Laut ihrer Berechnung müssten es 26 sein. Sie bat um Aufklärung, wie die Differenz zustande kommt.

Herr Kuchta sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 8.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu präventiven Maßnahmen
gegen den Japankäfer in Halle
Vorlage: VIII/2025/01861**

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.1 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 8.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum LSG Bruckdorf
Vorlage: VIII/2025/01862

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.2 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 8.3 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Riebeckplatz – hier: Rad- und Fußverkehr
Vorlage: VIII/2025/01863

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.3 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Frau Dr. Burkert fragte zum Bebauungsplan Riebeckplatz, Bereich Zukunftszentrum. Dabei fehlt die Stellungnahme des Rad- und Fußverkehrsbeauftragten.

Herr Otto verwies auf die schriftliche Antwort. Der Radverkehrsbeauftragte ist kein Träger öffentlicher Belange. Daher ist eine Stellungnahme im B-Planverfahren nicht vorgesehen.

zu 8.4 Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zu Einbürgerungen in Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01864

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.4 in der Dezembersitzung erfolgt.

zu 8.5 Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zum Radverkehr im Bereich der Fußgängerzone Marktplatz/Leipziger Straße
Vorlage: VIII/2025/01865

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung zu TOP 8.5 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 8.6 Anfrage des Stadtrates Tim Kehr wieder (FDP/FREIE WÄHLER) zur Einrichtung von Tempo-30-Zonen im Stadtgebiet
Vorlage: VIII/2025/01828

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.6 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 8.7 Herr Raabe zum TOP 8.6

Herr Raabe fragte, warum die Beantwortung der Anfrage bis Oktober 2026 dauern soll. Sein Verständnis für diese lange Spanne hält sich in Grenzen.

Herr Teschner verlas die Anfrage von TOP 8.6. Er sagte, dass die Beantwortung der umfangreichen Anfrage eine gewisse Zeit dauert, da die Bereiche einzeln betrachtet werden müssen.

Herr Kehrwieder sagte, dass das Thema für die Fraktion sehr wichtig ist.

Herr Teschner wiederholte seine Aussage, dass es ein sehr hoher Aufwand ist und die Beantwortung daher lange Zeit in Anspruch nehmen wird.

Herr Dr. Erdsack fragte Herrn Kehrwieder, was die Anfrage bezwecken soll.

Herr Kehrwieder antwortete ihm, dass es nicht seine Aufgabe ist, sowas im Ausschuss zu diskutieren. Er bat darum, die Anfrage zu respektieren.

zu 8.8 Frau Krischok zur Sicherheit auf Märkten und Festen

Auf Antrag des Stadtrates Herr Dr. Erdsack wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Krischok

Meine Frage, die ich jetzt habe, ist, denke ich mal, ziemlich kurz und wird auch bestimmt deutlich beantwortet. Und zwar geht es mir um die Sicherheit auf Märkten und Festen. Haben wir ja eine Riesenmenge dazu. Also, mir ist aufgefallen, als bei Sicherheitsmaßnahmen beim Töpfermarkt, wo Massen Leute da waren oder am 3. Oktober oder beim Weinfest, dass da die Sicherheit gegen Null ging. Gut, beim Weinfest habe ich wenigstens noch gesehen, dass die Transporter, die den Wein gelagert haben dort drinnen, dass sie da mitten auf dem Markt noch rumstanden. Weiß nicht, ob das der Sicherheit diene.

Und jetzt würde ich gerne wissen: Weihnachtsmarkt. Ich brauche hier in dem Rahmen nicht zu sagen, warum, also, dass bei Weihnachtsmärkten eine Menge passiert ist, das wissen wir alle, das denke ich, haben wir alle wahrgenommen. Trotzdem meine Frage: Was ist der wesentliche Unterschied zwischen solchen Festen, wo also auch Massen Leute, also Töpfermarkt hatte ich das Gefühl, kann man ja kaum noch durch. Und da null und nichts war, nur als Beispiel.

„Gibt es eventuell religiöse Gründe“, habe ich dann so überlegt. Also ich weiß einfach wirklich nicht. Und ich möchte wissen, warum das eine so und das andere so, obwohl überall Massen von Leuten da mit auf dem Markt, oder wo das Fest auch immer stattfindet, da sind.

Frau Prof. Dr. Dalbert

Danke, Frau Krischok. Herr Teschner.

Herr Teschner

Ja, vielen Dank. Sie hatten jetzt noch von der Sicherheit gesprochen. Ich vermute mal, der Aufknüpfungspunkt ist der Zufahrtsschutz. Ich guck mal in Ihre Richtung. Also, Sicherheit setzt sich aus vielen Themen zusammen. Beim Zufahrtsschutz ist es so, dass wir ja nach dem Ereignis Magdeburg nochmal ein mobiles Zufahrtsschutzsystem beschafft haben. Es kam zum Laternenfest zum Einsatz, es kam zum Halle-Neustadtfest zum Einsatz. Es kam übrigens auch zum 3. Oktober zum Einsatz. Also, da war auch der Markt abgesperrt.

Es wird selbstredend zum Weihnachtsmarkt, zum Einsatz kommen. Klar muss aber auch sein, dass es nicht immer zu jeder noch so kleinen Veranstaltung zum Einsatz kommen kann, das funktioniert nicht. Und es gibt derzeit leider weder auf Bundes- noch auf Landesebene, einheitliche Vorgaben. Es gibt noch nicht mal eine korrekte Regelung oder eine klare Regelung zur Zuständigkeit. Also, ist es der Veranstalter, sind die

Sicherheitsbehörden, ist es die Polizei? Da ist derzeit, Sie haben das sicherlich auch medial verfolgt, noch eine gewisse Diskussion im Gange, bundesweit.

Ich verweise mal auf das Bundesland Hessen. Hessen hat dazu einen Erlass ins Leben gerufen. Die haben das geregelt. Da steht, sehr verkürzt gesagt, drin, wer zuständig ist, und da steht auch drin, dass grundsätzlich Zufahrtsschutz ab 15.000 Besuchern empfohlen wird oder zu gewährleisten ist und dass darunter eine Einzelfallbeurteilung stattfinden kann. Ob das der Weisheit letzter Schluss ist, ist unklar. Wir sind da derzeit ja, wir schreiben da ja Geschichte auch mit und gestalten.

Klar muss aber auch sein, dass die Anforderung, nicht das Ganze komplett erwürgen können oder unmöglich machen können, dass am Ende weder Veranstalter noch die öffentliche Hand dann sagt, okay, dann lassen wir das, dann machen wir keine öffentlichen Veranstaltungen mehr. Wenn das am Ende das Ergebnis ist, das darf es ja nicht sein. Ich glaube, dass wollen wir auch alle nicht. Gesellschaftlich kann es das nicht sein. Also, einheitliche Regeln fehlen. Immer können wir es nicht aufstellen, das ist schlichtweg so: Wo fangen wir an, wo hören wir auf? Es gibt jeden Tag Wochenmarkt, es gibt Bushaltestellen, es gibt viele, viele weiche Anschlagziele.

Der Weihnachtsmarkt ist tatsächlich statistisch, gab es mehrere Anschläge auf Weihnachtsmärkte, auch gezielt. Zum Teil wird das Motiv im christlichen Hintergrund gelegen haben, jetzt zuletzt wohl eher nicht. Aber Fakt ist, nicht nur in Deutschland, weltweit gab es da Vorkommnisse, und die lassen sich ja zum Teil religiös begründen. Auch im Hintergrund des Weihnachtsmarktes, auch wenn es nicht abschließend ist. Wir haben uns jetzt mit diesem Thema sehr intensiv befasst in diesem Jahr und wir haben jetzt auch noch weitere Systeme angeschafft.

Wir haben inzwischen über 600.000 Euro investiert, haben noch Okta-Blöcke TR gekauft, The Boss und so weiter und so fort. Wir beurteilen zu Veranstaltungen die Lage, so sagt es auch die Polizei letzten Endes, gibt es also eine überdurchschnittliche Gefährdung, die gesehen wird aus der Veranstaltung heraus oder aufgrund von Erfahrungswerten. Die haben wir bei den von Ihnen genannten, also ich sage jetzt mal, Töpfermarkt, nicht gesehen. Es ist auch keine Großveranstaltung mit über 5000 Teilnehmern, die da gleichzeitig da sind. Und eine sehr, sehr schwierige Abwägung, das muss ich zugeben.

Weil man ja in die Köpfe aller Menschen nicht reingucken kann. Ich möchte für nächstes Jahr gerne eine Liste erstellen mit wiederkehrenden Veranstaltungen, die ich mit der Polizei abstimmen möchte, wo eine entsprechende Gefährdung gesehen wird. Also, wo man sagt, das könnte ein potenzielles Anschlagziel sein. Aber man muss dazu sagen, weiche Anschlagziele gibt es sehr, sehr viele. Und ich muss auch sagen, es gibt nur den Zufahrtsschutz. Tatmittel muss nicht immer ein Kraftfahrzeug sein, es gibt auch andere Möglichkeiten, die sind nahezu auch endlos.

Der hessische Erlass spricht von einem allgemeinen Lebensrisiko. Das ist zwar eine sehr schwierige Angelegenheit, auch wie man das ausdrücken will. Aber klar ist auch, komplett anschlagsicher oder terrorsicher gegen auch kleinere Geschichten wird es im Schnitt nicht sein. Dann wäre irgendwann das Ergebnis, dass keine Veranstaltungen mehr im öffentlichen Raum, keine Großveranstaltungen mehr durchgeführt werden. Und ich glaube, das wäre kein gutes Ergebnis.

Also, wir machen uns dazu tatsächlich sehr intensiv Gedanken, sehr regelmäßig zu allen Veranstaltungen Gedanken, stimmen wir uns mit der Polizei ab. Und wir würden ganz gerne zumindest so einen Regelkatalog erstellen. Schön wäre es auch, wie gesagt, wenn sich das Land sich dazu Gedanken macht und auch so einen Regelkatalog, oder vielleicht einen

Erlass, dazu gibt, der einheitlich ist und der auch Handlungssicherheit schafft. Das ist, glaube ich, auch für die Kommunen, wäre es eine wichtige Grundlage.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.9 Frau Dr. Burkert zum Weihnachtsmarkt

Auf Antrag des Stadtrates Herr Dr. Erdsack wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Dr. Burkert

Vielen Dank. Ich möchte eigentlich nochmal auf den Weihnachtsmarkt zurückkommen und ich muss sagen, ich fand das richtig schön, dass ich jetzt zur Sitzung kam und man gesehen, wie der Weihnachtsmarkt aufgebaut wird, wie die Tanne jetzt steht, wie das schon beleuchtet ist. Und ich möchte da auch meinen großen Dank an die Verwaltung aussprechen, speziell auch an die Fachbereich Sicherheit. Man hat ja in den Medien verfolgt, dass viele Gemeinden jetzt überlegen, ob sie überhaupt Weihnachtsmärkte machen oder nicht.

Und deshalb nochmal danke, dass da ein Sicherheitskonzept erstellt wurde und dass man sich entschlossen hat, den Weihnachtsmarkt durchzuführen. Ich denke, das ist für die Bürgerinnen unserer Stadt, aber auch aus dem Umland, die gerne nach Halle kommen und das genießen, ganz, ganz wichtig, auch für den sozialen Zusammenhalt. Gerade in diesen schwierigen Zeiten. Und meine Frage geht dahingehend: Inwieweit wurde der Sicherheitskonzept jetzt nochmal angepasst nach diesem furchtbaren Anschlag, nach Magdeburg? Was müssen die Besucher vielleicht oder was erwartet die Besucher, was in den letzten Jahren jetzt nicht so gang und gäbe war, und wie weit betrifft das auch die Radfahrer?

Herr Teschner

Ja, vielen Dank. Also, ein Weihnachtsmarkt ist ja eine Veranstaltung, die Licht in die dunkle Jahreszeit bringen soll, Geselligkeit auch ein bisschen, also eher eine Wohlfühlveranstaltung. Sicherheit ist ja ein Aspekt, der eher so im Hintergrund laufen soll. Eine Veranstaltung soll schön, aber auch sicher sein. Es ist ganz klar, dass wir nach dem Ereignis in Magdeburg im vergangenen Jahr auch insbesondere das Thema Zufahrtsschutz nochmal neu gedacht haben. Der Rest funktioniert ja tadellos, das muss man sagen.

Also, was jetzt Ordnungsbereich, was jetzt Polizei, was Sicherheitsdienst betrifft, das wird fortgeschrieben, wird auch sich auch nicht großartig verändern. Wir werden wieder den Infopunkt aufbauen. Wir werden also präsent sein mit entsprechenden Stärken. Zufahrtsschutz haben wir neu konzeptioniert. Und eine klare Folge war auch, dass jetzt die, insbesondere die drei Straßenbahnzufahrten nicht mehr allein durch polizeiliche Kraftfahrzeuge oder Polizisten gesichert werden, die dort also im Auto sitzen und warten, dass eine Straßenbahn oder jeweils ein Auto kommt. Und klar war auch, dass wir mit dem reinen Querstellen von Kraftfahrzeugen unsererseits, also beispielsweise VW-Bus aus dem Ordnungsbereich, auch nicht weitermachen können.

Ich glaube, wir sind mit dieser, übrigens ja seit 2016, man vergisst das ja immer, es hieß ja erst, seit Magdeburg machen wir das erst stimmt ja nicht. Seit 2016 zu jedem Weihnachtsmarkt, ab um zwölf allerdings haben wir die Zufahrten gesichert. Das hat keine Zukunft. Wir haben jetzt also nochmal investiert. Sie wissen das, Armis One. Wir haben dieses zertifizierte System gekauft, was wir aufstellen werden. Und bei uns ist die Besonderheit und der Schwerpunkt, das sind die Straßenbahnzufahrten. Das muss man sagen. Der Rest ist sehr leicht lösbar.

Heißt, das Armis One kann zum einen auf- und zugeklappt werden und kann auch von Radfahrern, zumindest schiebend, sogar eigentlich auch fahrend überquert werden. Da sind also gewisse Breiten vorhanden. Bei der Straßenbahn ist es anders. Wie wollen Sie es lösen, dass eine Straßenbahn durchfahren kann, ein Auto hingegen nicht? Es gibt dazu

keine mir bekannte deutschlandweite Standardlösung. Ich habe auch mit den Herstellern gesprochen. Wir haben auch bei den Lieferungen mit denen gesprochen. Dafür gibt es keine Lösung, weil die Straßenbahn eine Breite hat, wo ein kleineres Fahrzeug auch durchaus durchpasst.

Wir haben deswegen eine eigene Lösung entwickelt, eine bauliche, eine Schleusenlösung. Das heißt, wir bauen Schleusen an den drei Straßenbahnzufahrten. Die von Straßenbahnen weiterhin passiert werden können, von Autos hingegen nicht. Das ist eine sehr aufwändige Geschichte ist. Es haben heute die Einbauten begonnen. Sie haben es vielleicht schon gesehen. Das wird jetzt in den nächsten Tagen fortgesetzt und an den Schleusen ist es baulich halt so, dass die Fahrzeuge nicht durchkommen nach unserem Dafürhalten. Wenn sie doch durchkommen sollten, weil es am Fahrzeug liegt oder an anderen Umständen, wird die Polizei trotzdem präsent sein.

Also, es gibt trotzdem polizeiliche Interventionskräfte, die da sind. Und wir haben als dritten Faktor die, oder sind jetzt auch noch dabei, die Straßenbahntrasse als solche vom übrigen Veranstaltungsgelände abzutrennen. Selbst wenn man da reinkommen sollte, kann ich nicht aufs Veranstaltungsgelände fahren. Wir glauben, dass die Kombination einen sehr, sehr hohen Schutz gewährleistet. Wir beziehen auch die Leipziger Straße mit ein. Wir beziehen auch den Hallmarkt insgesamt in die Überlegung mit ein, den Domplatz. Und auch den Opernplatz, also alles, was jetzt sonst noch so an bekannten Weihnachtsmärkten stattfindet, wird dieses Jahr ein Sicherheitskonzept haben, und auch an Zufahrtsschutz wird gedacht sein.

Das ist die Änderung zum letzten Jahr, die wird auch sichtbar sein. Leider müssen die Radfahrer an den Schleusen absteigen. Das wird nicht funktionieren. Rein baulich nicht. Die Schleusen sind aber auch so konstruiert oder konzipiert, dass Radfahrer sie einerseits sehen und auch nicht in Gefahr geraten. Also es gibt Schranken, es gibt nochmal davor diese Schwellen. Es gibt Hinweisschilder. Wir möchten ausschließen, dass Radfahrer selbst an diesen Schleusen noch verletzt werden. Aber Durchfahren kann man nicht. Das ist leider so.

Frau Dr. Burkert

Ja, also erstmal herzlichen Dank. Also wirklich sehr schön, was die Stadt da wirklich den Bürgerinnen und Bürgern zur Sicherheit bietet. Also dann auch nochmal Danke, dass da so viel Geld auch in die Hand genommen wird.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.10 Frau Dr. Burkert zu Gebühren

Frau Dr. Burkert sagte, es gab Kontakt zum Tierheim bezüglich der Hundesteuer. Das Tierheim wies darauf hin, dass bei Listenhunden Wesenstests durchgeführt werden. Diese Tests sind umfangreich und werden dokumentiert. Das Tierheim wünscht sich, dass Hunde, die diesen Wesenstest bestehen, nicht mehr als Listenhund, sondern als normale Hunde eingestuft werden. Damit werden nur die normalen Gebühren fällig und die Tiere sind besser vermittelbar.

Hunde, die aus dem Tierheim aufgenommen werden, sind ein Jahr von der Gebühr befreit. Hier ist der Wunsch, dass dies auf drei Jahre ausgeweitet wird. Sie fragte, ob man diese Anregungen aufnehmen kann.

Frau Dr. Marquardt nahm die Anregung auf.

zu 8.11 Frau Wolf zu Baumfällungen

Frau Wolf fragte zu einer Beschlusskontrolle zu Baumfällungen in der Georgstraße aus der letzten Sitzung vom 23.10.2025. Die Antwort der Verwaltung dazu liegt noch nicht vor.

Herr Kuchta sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.12 Frau Wolf zur Energieberichterstattung

Frau Wolf sagte, dass die Energieberichterstattung im 3. Quartal vorliegen sollte. Sie fragte, wann dies der Fall sein wird.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass es dazu noch internen Abstimmungsbedarf gibt und es so schnell wie möglich nachgeliefert werden soll.

zu 8.13 Frau Wolf zur Verkehrsinfrastruktur

Frau Wolf sagte, dass ein großer Betrag in die Verkehrsinfrastruktur investiert wird. Es fehlen jedoch Maßnahmen für die Geiststraße und Kleine Ulrichstraße, die das Straßenpflaster betreffen. Sie fragte, wann dort eine Sanierung vorgesehen ist.

Herr Otto sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.14 Herr Neumann zum Radverkehr

Herr Neumann sagte, in der vergangenen Woche kam es zu mehreren, teils schweren Unfällen, wo ungeschützte Verkehrsteilnehmer (Kind, Radfahrende) zu Schaden kamen. Ein Radfahrer ist gestorben, ein weiterer wurde schwer verletzt (jeweils Wörmilzter Straße). Er fragte: Was aus Sicht der Verwaltung kurzfristig passieren muss, um solche schrecklichen Ereignisse künftig zu verhindern

Herr Teschner antwortete, dass Infrastruktur immer ein Thema ist. Die Straßen geben nur einen begrenzten Spielraum. Ohne die Unfallursachen zu kennen, ist es schwer zu sagen, wie man solche Unfälle verhindern kann. Es gibt zahlreiche verhaltensbedingte Unfälle, die dabei eine Rolle spielen können, wie zum Beispiel durch Alkohol, das Handy am Steuer oder die Beleuchtungssituation am Fahrrad. Die Unfallursachenermittlung obliegt der Polizei und nimmt einige Zeit in Anspruch. Bei neuen Projekten werden Radwege mit bedacht. Im Bestand ist man durch die Häuserfronten und Gehwege sehr eingeschränkt.

Frau Dr Burkert fragte, ob zur Unfallkommission auch der ADFC mit einbezogen wird.

Herr Teschner verneinte das.

Herr Dr. Burkert regte an, den ADFC mit einzubeziehen.

Herr Teschner nahm die Anregung auf.

zu 8.15 Herr Neumann zu Fußwegen

Herr Neumann sagte, dass Anwohner nach den Fußwegen im Rosengarten fragten, insbesondere Pappelallee, sind aufgrund von Schäden oftmals in keinem barrierefreien Zustand. Er fragte, wann eine Reparatur der Fußwege in der Pappelallee möglich ist.

Herr Otto bat um genaue Mitteilung, wo sich die Schäden in der Pappelallee befinden, damit eine Beantwortung erfolgen kann.

zu 8.16 Herr Neumann zur Müllentsorgung

Herr Neumann sagte, dass Anwohner nach der Müllentsorgung in der Kasseler Straße (Sackgasse Hausnummern 32a-38a) fragten; hier müssen Mülltonnen bis zu 130 m zur Straße gefahren werden. Er fragte, inwiefern hier die Nutzung eines kleinen Müllautos zur Einfahrt bis vor die Häuser oder andere Lösungen möglich ist.

Herr Kuchta sagte, dass die Straßenbreite zu gering ist, so dass die Müllfahrzeuge dort nicht hineinfahren können. Außerdem ist der Wendekreis in der Sackgasse, auch für kleinere Müllfahrzeuge, zu klein.

zu 8.17 Herr Neumann zum Falschparken

Herr Neumann sagte, ein Bürger fragte zu Barrierefreiheit und unerlaubtem Parken auf Gehwegen sowie nach der Relevanz des Fußverkehrs. Er fragte, was die Verwaltung gegen unerlaubtes Parken in der Thomasiusstraße tut. Er fragte weiter, was die Verwaltung plant, um allgemein den Kontrolldruck zu Verkehrsverstößen wie dem Gehwegparken stadtweit zu erhöhen.

Herr Teschner sagte, dass in der Thomasiusstraße im vergangenen Jahr (2024) 236 Ahnungen vorgenommen wurden und im Jahr 2025 136 Ahndungen.

zu 8.18 Herr Raue zum Drogengeschehen Silberhöhe

Herr Raue fragte zum Drogengeschehen auf der Silberhöhe am Gesundheitszentrum. Ansässige Gewerbetreibende fühlen sich dadurch bedroht. Er fragte, was die Stadtverwaltung gegen das Treiben tun kann.

Herr Teschner sagte, dass er für das Gefühl der Bedrohung Verständnis hat. Die Bekämpfung und Verfolgung von Straftaten ist polizeiliche Angelegenheit. Das Ordnungsamt hat dort keine Befugnisse. Das kann unbefriedigend sein, wenn man Dinge sieht, aber man nicht die Befugnisse hat, diese zu verfolgen. Er schlug vor, die gemeinsamen Streifen durch die Stadt auf die Situation hinzuweisen, damit an der Stelle genauer hingeschaut wird.

Herr Raue sagte, dass es wichtig ist, die Situation vor Ort im Blick zu behalten.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Raue zum Busbahnhof

Herr Raue sagte, dass auf Grund von Bauarbeiten die Busse nicht am ZOB abfahren, sondern in der Ernst-Kamith-Straße. Er regte eine bessere Beschilderung an.

Die Verwaltung nahm die Anregung auf.

zu 9.2 Frau Dr. Burkert zu Gebühren

Frau Dr. Burkert regte an, dass die Gebühren für Listenhunde, die den Wesenstest bestehen, in eine normale Gebührenordnung eingestuft werden. Außerdem regte sie an, dass Gebühren für Hunde, die aus dem Tierheim geholt werden, drei Jahre lang erlassen werden.

Die Verwaltung nahm die Anregung auf.

zu 9.3 Frau Prof. Dr. Dalbert zu Verkehrsschildern

Frau Prof. Dr. Dalbert regte an, dass Verkehrsschilder für Baustellen, Umleitungen etc. nicht auf Bürgersteigen aufgestellt werden. Dies ist eine enorme Herausforderung für mobilitätseingeschränkte Menschen.

Frau Schöps erweiterte die Anregung auch auf Radwege.

Die Verwaltung nahm die Anregung auf.

zu 9.4 Herr Vierkant zum Katzenhaus

Herr Vierkant regte an, sich mit dem Katzenschutzhaus in Verbindung zu setzen, da es dort Probleme mit Überfüllung und Zwangsgeldern gibt, um eine gemeinsame Lösung zu finden.

Die Verwaltung nahm die Anregung auf.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Frau Prof. Dr. Dalbert bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Prof. Dr. Claudia Dalbert
Ausschussvorsitzende

Sophia Waldowski
stellv. Protokollführerin